

Stadt Osnabrück . Postfach 44 60 . 49034 Osnabrück

DER OBERBÜRGERMEISTER

Piraten Partei
Christian Nobis
Ruppenkampstraße 12
49084 Osnabrück

Fachbereich
Bürger und Ordnung
Fachdienst Verkehrslenkung
Stadthaus 1, Natruer-Tor-Wall 2
Zimmer 111
49076 Osnabrück
(H) Reißmüllerplatz

Ihr Zeichen / Datum

Unser Zeichen / Datum
Kn/ 15.07.2013

Auskunft erteilt :Herr Knüppe
Tel.: 0541 323-2353
Fax: 0541 323-2756
knueppe@osnabrueck.de
www.osnabrueck.de

**Sondernutzungserlaubnis zum Aufstellen von Kleinflächenplakaten
im Zusammenhang mit der Bundestagswahl/ Oberbürgermeisterwahl
am 22.09.2013**

Sehr geehrter Herr Nobis,

aufgrund Ihres Antrages vom 25.06.2013 erteile ich Ihnen hiermit anlässlich der Bundestagswahl am 22.09.2013 gem. § 18 des Nds. Straßengesetzes vom 14.12.1962 in Verbindung mit § 3 der Satzung der Stadt Osnabrück über die Sondernutzung an Ortsstraßen und Ortsdurchfahrten in der zur Zeit geltenden Fassung die Erlaubnis, im Gebiet der Stadt Osnabrück im öffentlichen Verkehrsraum Plakattafeln im Format DIN A 0 (oder kleiner) aufzustellen.

Die Sondernutzungserlaubnis wird erteilt ab dem 22.07.2013 und ist befristet bis zu dem o. g. Wahltermin. Sie ergeht gebührenfrei.

Die Genehmigung steht unter dem ausdrücklichen Vorbehalt des jederzeit möglichen Widerrufs und wird vorbehaltlich der Rechte Dritter erteilt.

Gem. § 80 Absatz 2 Nr. Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) ordne ich die sofortige Vollziehung dieser Erlaubnis einschließlich der einzelnen Auflagen an.

Auflagen:

1. An den folgenden Stellen dürfen die Werbeträger im öffentlichen Verkehrsraum grundsätzlich nicht errichtet werden:

- an Bundesautobahnen und Kraftfahrstraßen
- **im Bereich von Kreuzungen und Straßeneinmündungen.**
Zum Kreuzungsbereich zählt die Kreuzung selbst bis einschließlich zu den Fußgängerfurten der abgehenden Straßen. Sofern keine Fußgängerfurten vorhanden sind, ist ein Bereich von 5m in alle abgehenden bzw. einmündenden Straßen von Plakaten frei zu halten. ⇒ s. Anlage 1

Sparkasse Osnabrück
(BLZ 265 501 05) 14 043
Postbank Hannover
(BLZ 250 100 30) 9719 302

Zum Straßeneinmündungsbereich zählt ebenfalls ein Bereich bis einschließlich vorhandener Fußgängerfurten. Ansonsten zählt der 5m-Bereich wie oben erläutert.

⇒ s. Anlage 2

- **10 m vor Fußgängerüberwegen und Bahnübergängen**
- um bzw. an Masten von Verkehrszeichen sowie von Signalanlagen
- über Fußwegen, soweit eine Restbreite von weniger als 1,2 m bzw. eine Durchgangshöhe von weniger als 2,20 m verbleibt. Auf Radwegen muss eine Durchgangshöhe von 2,50 m erhalten bleiben
- innerhalb von Fußgängerzonen.
- an anderen Stellen, an denen ein Werbeträger die Verkehrssicherheit durch Sichtbehinderungen beeinträchtigen würde (insbesondere Sichtdreiecke an Grundstückszufahrten).

2. Die Werbeträger müssen ausreichend stabil sein, so dass sie insbesondere Wind- und Wettereinflüssen stand halten können.
3. Das Befestigen von Wahlplakaten direkt an Straßenbäumen ist grundsätzlich untersagt. Insbesondere das Fixieren der Plakate an Baumstämmen mit Schnellbinder, Wickeldraht oder sonstigen Anbindungsmaterialien ist aus Gründen des Baumschutzes nicht zulässig. Nicht unter dieses Verbot fällt das Befestigen der Plakate an Baumpfählen, Stützgerüsten oder das Anbringen selbst stehender Werbeträger.
4. Die Plakatwerbung darf nach Ort und Art der Anbringung, sowie nach Form und Farbe der Plakate nicht zu Verwechslungen mit Verkehrszeichen und -einrichtungen Anlass geben oder deren Wirkung beeinträchtigen.
5. Die Befestigung an Beleuchtungseinrichtungen darf nur mit isoliertem Bindedraht oder gleichartigem Material erfolgen, damit Schäden an der Isolierung der Leuchtkörper vermieden werden.
6. Nach Ablauf der befristeten Sondernutzungserlaubnis sind die Werbeträger unverzüglich aus dem öffentlichen Verkehrsraum zu entfernen.
7. Sollte im Einzelfall von einem Werbeträger eine Behinderung oder Gefährdung ausgehen, ist er auf Aufforderung der Polizei oder eines berechtigten Mitarbeiters des Fachbereiches Bürger und Ordnung umgehend zu entfernen.

Begründung :

Das Aufstellen von Plakattafeln (Stellschildern), sowie das Aufhängen von Plakaten an Masten, Straßenlaternen oder Bäumen im öffentlichen Verkehrsraum stellt eine Sondernutzung im Sinne von § 18 Niedersächsischen Straßengesetzes (NStrG) dar.

Unter Berücksichtigung der besonderen Bedeutung des Grundrechtes auf freie Meinungsäußerung wird jedoch eine Sondernutzungserlaubnis regelmäßig für die Dauer des Wahlkampfes (2 Monate unmittelbar vor dem Wahltermin) erteilt.

Zur Aufrechterhaltung der Sicherheit und Leichtigkeit des Verkehrs und zum Schutz der Bäume sind jedoch oben stehende Auflagen erforderlich, auf die im wesentlichen auch im Runderlass des Niedersächsischen Ministeriums für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr vom 09.02.2009 hingewiesen wird. Im einzelnen:

Zu 1)

Bundesautobahnen und Kraftfahrstraßen erfordern aufgrund der dort zulässigen Höchstgeschwindigkeiten die volle Aufmerksamkeit der Verkehrsteilnehmer. Ablenkungen durch Plakate könne zu nicht hinnehmbaren Gefährdungen führen, so dass eine Plakatierung hier nicht zugelassen werden kann.

Selbiges gilt für Kreuzungs- und Einmündungsbereiche. Aufgrund der häufig anzutreffenden komplexen Verkehrssituationen und Abbiegesituationen von allen Arten von Verkehrsteilnehmern (Kraftfahrzeuge, Radfahrer und Fußgänger) ist hier eine erhöhte Aufmerksamkeit aller Beteiligten gefragt. Ablenkungen oder ggf. sogar Sichtbehinderungen durch Plakate können hier zu Lasten der Verkehrssicherheit gehen, so dass auch hier eine Plakatierung grundsätzlich nicht zugelassen werden kann.

Vor Fußgängerüberwegen und Bahnübergängen muss eine freie Sicht insbesondere auf querende Fußgänger gewährleistet sein.

Die Wahrnehmung und Sichtbarkeit der vorhandenen Verkehrszeichen darf nicht beeinträchtigt werden, damit die Verkehrssicherheit erhalten bleibt. Aus diesem Grund muss eine Plakatierung an vorhandenen Verkehrszeichenmasten und Signalanlagen unterbleiben.

Ein ausreichendes Lichtraumprofil über Rad- und Fußwegen muss frei von Hindernissen bleiben, da es ansonsten zu Verletzungen (z.B. am Kopf oder Gesicht) führen kann.

Ferner muss auf dem Gehweg eine Mindestrestbreite frei bleiben, um eine sichere Wegeführung für den Fußgänger aber auch Rollstuhlfahrer zu gewährleisten.

Zu 2)

Die Plakate müssen in technisch einwandfreiem Zustand sein, da nur so Verkehrsbeeinträchtigungen durch herabhängende oder zerstörte Plakate vermieden werden können. Auch eine mögliche Verletzungsgefahr durch scharfe Kanten und Ecken wäre nicht auszuschließen.

Zu 3)

Durch das Verbot, Wahlplakate direkt an den Straßenbäumen zu befestigen, sollen Schäden für die Bäume verhindert werden. Insbesondere Windeinflüsse führen dazu, dass sich die Plakate hin und her bewegen. Sowohl die Schnellbinder als auch die scharfen Kanten der Plakate scheuern dann direkt an der Rinde des Stammes und führen so zu Verletzungen. In diese Stellen setzen sich oftmals Pilze oder Bakterien, so dass der Baum erkrankt. Aus diesem Grund wird das Anbringen von Wahlplakaten direkt am Baumstamm untersagt.

Zu 4)

Die Wahrnehmung und Sichtbarkeit der vorhandenen Verkehrszeichen darf aus Gründen der Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigt werden. (s. zu 1)

Dieses kann jedoch nicht ausgeschlossen werden, wenn die Art und Form der Plakate geeignet ist, zu Verwechslungen mit vorhandenen Verkehrszeichen zu führen.

Die Anordnung der sofortigen Vollziehung ist erforderlich, weil eine Klage gegen die Erlaubnis oder eine einzelne Auflage grds. aufschiebende

Wirkung hätte und eine Plakatierung ohne Berücksichtigung der Auflagen erfolgen könnte.

Eine Einhaltung der Auflagen ist aber zum Schutz der öffentlichen Sicherheit, insbesondere der Verkehrsteilnehmer unumgänglich. Insofern ergibt hier die Interessenabwägung, dass das Interesse des Antragstellers an einer möglichst freien Möglichkeit Wahlplakate in den öffentlichen Verkehrsraum zu bringen zurückzustehen hat.

Hinweise:

Der Erlaubnisinhaber haftet für alle durch das Aufstellen der Werbeanlagen entstehenden Personen- und Sachschäden. Außerdem hat er die Stadt Osnabrück von allen weiteren Ansprüchen freizustellen, die mit dieser Werbemaßnahme in Zusammenhang stehen.

Ich weise hier nochmals auf die mit Ihnen vereinbarte **Verfahrensweise bezüglich bei ordnungswidrig angebrachten bzw. zerstörten Plakaten** hin. Den Vermerk über die Besprechung füge ich diesem Schreiben bei.

Rechtsbehelfsbelehrung:

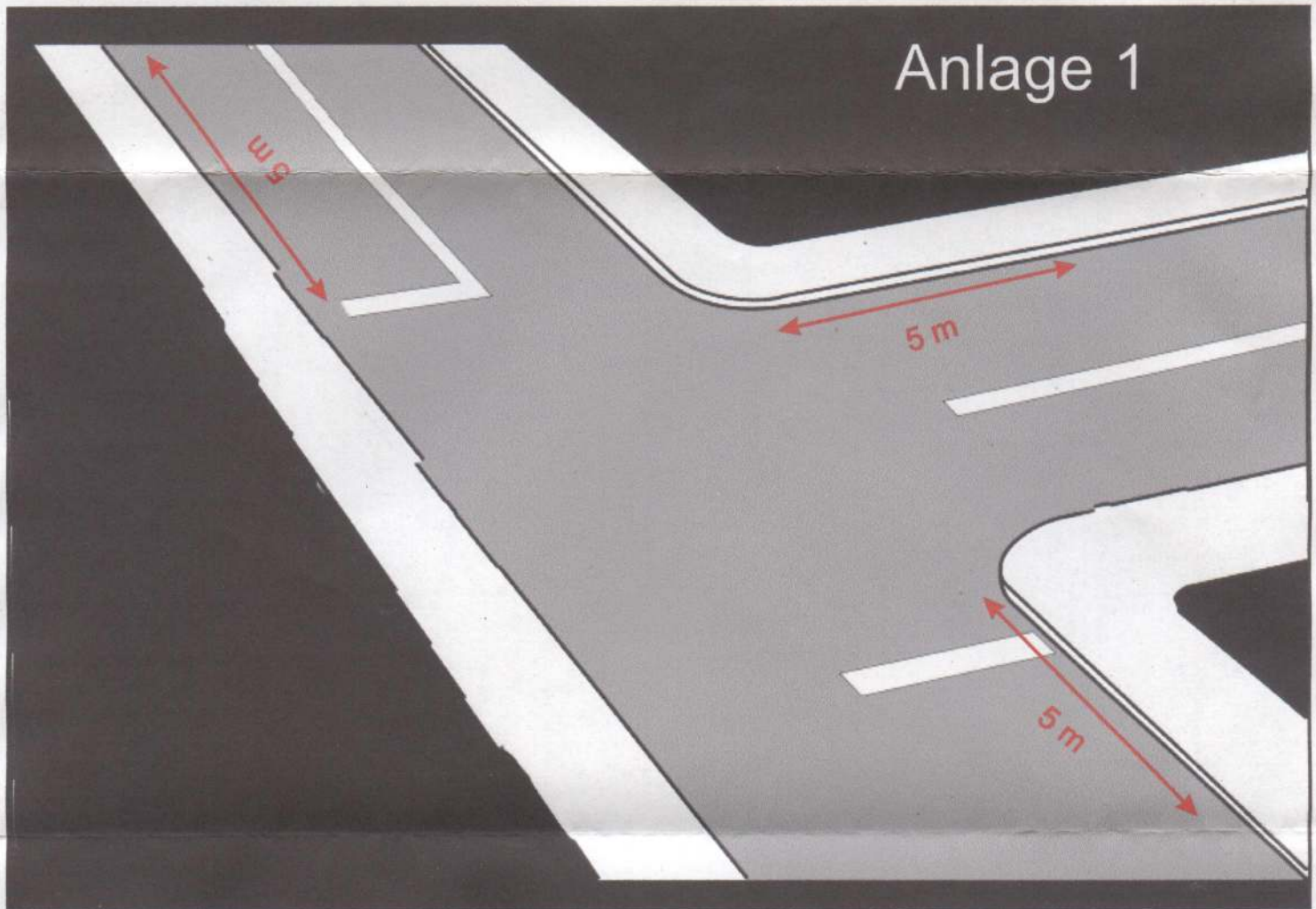
Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe **Klage** beim Verwaltungsgericht Osnabrück, Hakenstraße 15, 49074 Osnabrück, schriftlich oder zur Niederschrift des Urkundsbeamten der Geschäftsstelle erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag

Osterfeld

Anlage 1



Anlage 1

